

Urlaubsgeld stabilisiert Einkommen

Knapp die Hälfte aller Beschäftigten erhält Urlaubsgeld. Grundlage sind meist Tarifverträge. Das hilft besonders in der aktuellen Krise.

In Deutschland erhalten 44 Prozent aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft Urlaubsgeld. Ob jemand eine solche Zahlung bekommt oder nicht, hängt von mehreren Faktoren ab. Der mit Abstand wichtigste ist die Tarifbindung: Von den Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen bekommen 71 Prozent Urlaubsgeld, ohne Tarifvertrag sind es nur 34 Prozent. Dies ist das Ergebnis einer Online-Befragung des vom WSI betriebenen Internetportals Lohnspiegel.de. Für die Analyse wurden die Angaben von mehr als 53000 Beschäftigten aus der Zeit zwischen August 2019 und Mai 2020 ausgewertet.

In Ostdeutschland wird seltener Urlaubsgeld gezahlt als in Westdeutschland. Während im Osten 32 Prozent der Beschäftigten den Aufschlag erhalten, sind es im Westen 47 Prozent. Dieser Unterschied liegt in erster Linie an der deutlich geringeren Tarifbindung in Ostdeutschland. Frauen sind überproportional in Branchen mit geringer Tarifbindung beschäftigt. Auch die Größe der Unternehmen ist ein wichtiger Faktor: Die Wahrscheinlichkeit, Urlaubsgeld zu erhalten, steigt mit zunehmender Belegschaftsgröße an. Auch hier besteht eine enge Korrelation mit der Tarifbindung, da große Unternehmen eher tarifgebunden sind. Schließlich erhalten Männer mit 47 Prozent häufiger Urlaubsgeld als Frauen, von denen nur 39 Prozent eine entsprechende Sonderzahlung bekommen.

Urlaubsgeld hilft in der Coronakrise

In diesem Jahr sei das Urlaubsgeld wegen der Coronakrise für viele Arbeitnehmer besonders wichtig,

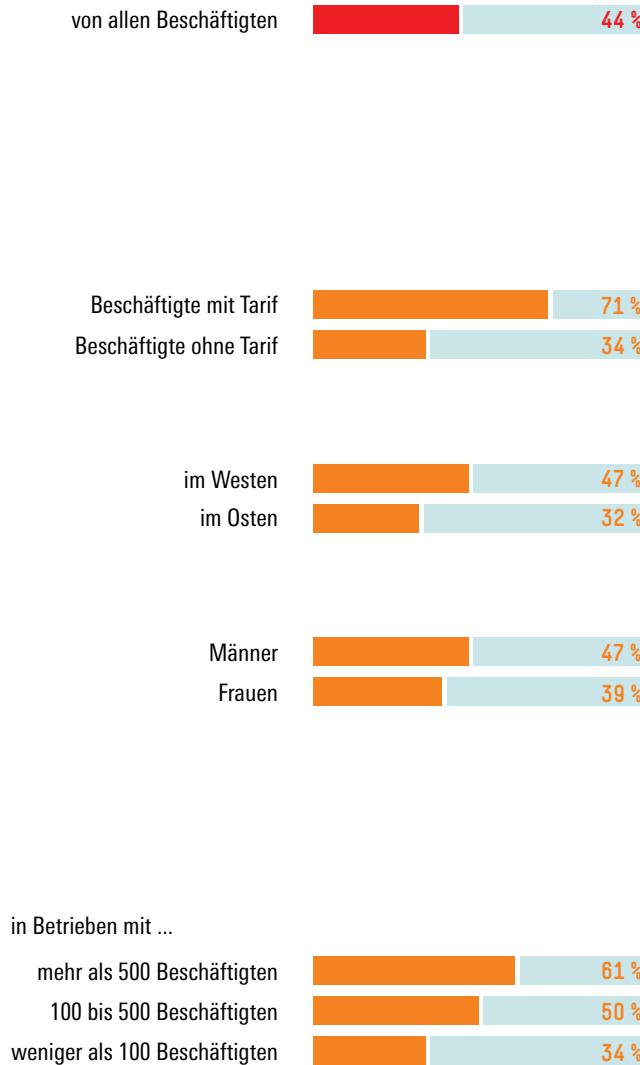
sagt Thorsten Schulten, Leiter des WSI-Tarifarchivs. Beschäftigte in Kurzarbeit müssten empfindliche Einbußen hinnehmen – das Urlaubsgeld trage zur Stabilisierung der Einkommen bei. „Umso problematischer ist es“, so Schulten, „dass nun einzelne Unternehmen das Urlaubsgeld streichen wollen.“ In der Regel sei dies jedoch nicht einfach so möglich, vor allem wenn Beschäftigte ein tarifvertraglich

gesichertes Recht auf Urlaubsgeld hätten. In einigen Tarifbranchen wie der Metall- und Elektroindustrie wurde in diesem Jahr vereinbart, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld anteilmäßig auf die monatlichen Einkommen zu übertragen, um im Fall von Kurzarbeit ein möglichst hohes Kurzarbeitergeld zu erhalten.

Die Höhe des tarifvertraglich vereinbarten Urlaubsgeldes fällt je nach Branche sehr unterschiedlich aus: Zwischen 155 und 2513 Euro bekommen Beschäftigte in der mittleren Vergütungsgruppe als tarifliches Urlaubsgeld, ohne Berücksichtigung von Zulagen und bezogen auf die Endstufe der Urlaubsdauer. Die höchsten Zahlungen erhalten Arbeitnehmer unter anderem in der Holz- und Kunststoffverarbeitung, der Metallindustrie, der Papierverarbeitenden Industrie, der Druckindustrie, im Versicherungsgewerbe und im Einzelhandel. Am wenigsten bekommen Beschäftigte in der Landwirtschaft und im Hotel- und Gaststättengewerbe. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das tarifliche Urlaubsgeld in 11 von 22 untersuchten Branchen erhöht, in den meisten Fällen um 1,0 bis 3,5 Prozent. ▶

Tarifbeschäftigte im Vorteil

Ein Urlaubsgeld erhalten in der Privatwirtschaft ...



Mit guten Löhnen durch die Krise

Deutschland muss den Pfad stabilitätsorientierter Lohnerhöhungen fortsetzen, wenn es die Coronakrise meistern will. Das zeigt eine Analyse des IMK.

In den zurückliegenden Jahren ist Deutschland die Rückkehr zu einer stabilitätsorientierten Entwicklung der Löhne gelungen. Zwischen 2010 und 2019 haben die Löhne dem IMK zufolge im Einklang mit dem gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum zugenommen, der sich aus der Trendrate des Produktivitätsfortschritts und dem Inflationsziel der EZB zusammensetzt, nachdem der Zuwachs in den 2000er-Jahren weit darunter gelegen hatte. Diese „Normalisierung“ war ein wichtiger Beitrag zum längsten Wirtschaftsaufschwung seit den 1960er-Jahren, analysiert das IMK. International sei die deutsche Wirtschaft sehr konkurrenzfähig, was sich auch am immensen und nur langsam sinkenden Leistungsbilanzüberschuss von zuletzt sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ablesen lasse, so die IMK-Forscher Alexander Herzog-Stein, Patrick Nüß, Ulrike Stein sowie Nora Albu vom Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR. Die Coronakrise sei für Deutschland zu meistern: „Vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung und der stärkeren Bedeutung der binenwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ist Deutschland gut gerüstet, diese Krise zu meistern.“

Von entscheidender Bedeutung sei, dass der im letzten Jahrzehnt eingeschlagene Weg fortgesetzt werde. Die Wissenschaftler warnen: „Es wäre verheerend für die zukünftige Entwicklung, wenn mit einer nicht gerechtfertigten Bezugnahme auf eine scheinbare Gefährdung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und dem Appell des Maßhaltens der Weg in die Austerität und Lohnzurückhaltung gewählt würde.“

Bei den Arbeitskosten für die private Wirtschaft rangiert die Bundesrepublik im oberen Mittelfeld Westeuropas, auf Position sechs im EU-Vergleich. Der durchschnittliche jährliche Anstieg der Lohnstückkosten, welche die Arbeitskosten ins Verhältnis zu den geschaffenen Werten setzen, lag in Deutschland nach 2010 bei 1,9 Prozent. Im gesamten Zeitraum zwischen 2000 und 2019 waren es allerdings nur 1,2 Prozent – spürbar weniger als der Durchschnitt des Euroraums, der 1,4 Prozent betrug. Der geringe Anstieg sei nicht mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp 2 Prozent vereinbar, betonen

die Wissenschaftler. Denn eine zu schwache Entwicklung der Kosten bremse das Preiswachstum und schaffe permanent die Gefahr der Deflation, das heißt eines gesamtwirtschaftlich schädlichen Preisverfalls.

2019 sind die Arbeitnehmerentgelte in Deutschland nominal um 3,3 Prozent gestiegen. Damit lag der Zuwachs erstmals seit 2012 etwas über dem gesamtwirtschaftlichen

Verteilungsspielraum. Das waren im vergangenen Jahr 2,6 Prozent. Damit seien die Effekte der langen Schwächephase in den 2000er-Jahren aber längst noch nicht ausgeglichen, so das IMK.

Insofern sei es auch unproblematisch, dass die Arbeitskosten pro Stunde im laufenden Jahr infolge der Kurzarbeit vorübergehend merklich ansteigen dürften. Damit rechnen die Ökonomen, weil den gesunkenen Arbeitnehmerentgelten im Fall der Kurzarbeit eine überproportionale Verringerung der Arbeitszeit gegenübersteht. Auch der Anteil der sogenannten Lohnnebenkosten, also der Sozialversicherungsbeiträge, an den Arbeitskosten dürfte vorübergehend zunehmen.

Es gelte, schreiben die IMK-Forscher, im „größten Wirtschaftseinbruch seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre“, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Der Versuch sich durch Lohnzurückhaltung und Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit aus der Misere zu befreien, sei zweimal gescheitert: einmal mit Deutschlands angebotsorientierter Wirtschaftspolitik und Deregulierung des Arbeitsmarkts zu Anfang des Jahrtausends und ein zweites Mal, als die EU den südeuropäischen Ländern nach der Finanzkrise ein ganz ähnliches Programm verordnete. Die „Rückkehr auf einen stabilen und nachhaltigen Pfad der Prosperität“ werde nur gelingen,

wenn „die Binnennachfrage im Euroraum durch ein Investitions- und Wachstumsprogramm sowie eine Normalisierung der Lohnentwicklung im gesamten Eurauraum im Sinne einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik sowohl kurz- als auch langfristig gestärkt wird“. ↗

Arbeitskosten in Europa

Die Arbeitskosten pro Stunde in der Privatwirtschaft betrugen 2019 in ...

	Euro
Dänemark	46,00
Luxemburg	41,40
Belgien	40,80
Schweden	39,00
Frankreich	37,30
Deutschland	35,90
Niederlande	35,30
Österreich	35,00
Finnland	34,80
Irland	31,60
Italien	27,90
Großbritannien	27,30
Spanien	21,40
Slowenien	19,20
Griechenland	16,60
Zypern	15,30
Malta	14,20
Portugal	13,70
Tschechien	13,60
Estland	13,50
Slowakei	12,70
Kroatien	11,10
Ungarn	10,70
Lettland	10,40
Polen	10,40
Litauen	9,50
Rumänien	7,30
Bulgarien	6,00

Quelle: IMK 2020

Hans Böckler
Stiftung